

# Familienpolitische Informationen

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen

Renate Augstein

## Gleichstellungspolitik und Familienpolitik

Mit meinem Vortrag<sup>1</sup> nehme ich Sie mit auf eine Zeitreise, die die Entwicklung der Frauenpolitik und der Familienpolitik beleuchtet und das Spannungsverhältnis zwischen beiden. Die erste Phase hat die Situation von Frauen maßgeblich beeinflusst:

### Ausschließliche Familienpolitik

Die *Familienpolitik des Dritten Reiches* hat unsere Generation zumindest mittelbar sehr geprägt in unserer kritischen Einstellung zu Familien- und Bevölkerungspolitik. Eines ihrer vordringlichsten Ziele war die *Steigerung der Geburtenrate*, auf die mit verschiedenen Maßnahmen hingewirkt wurde: Ehestandsdarlehen, lange gekoppelt an ein Beschäftigungsverbot für Ehefrauen, Verbot der Abtreibung und des Verkaufs von Verhütungsmitteln, die Verleihung von Mutterkreuzen und Rassenpolitik zur Sicherung der „gesunden, arischen Gene“. Die nationalsozialistische Frauenpolitik sah so aus: Frauen sollten, wenn überhaupt, sich ihrem Wesen gemäßen Beschäftigungen zuwenden, doch mit der Heirat wurden sie entlassen. Gehaltsdifferenzen zwischen weiblichen und männlichen Beamten waren vorgeschrieben, gehobene Positionen sowie berufliche Aufstiegsmöglichkeiten waren für Frauen gesperrt. Kurz: Frauen wurden allein über ihre Mutterschaft definiert.

Die *Familienpolitik in der Zeit nach dem Krieg* stellte dieses Familien- und Frauenbild nicht in Frage, obwohl der Alltag

oftmals anders aussah: Frauen mussten während und kurz nach dem Krieg die Arbeitsplätze der fehlenden Männer einnehmen, sie hatten zudem als Trümmerfrauen gut zu tun, ganz zu schweigen von den Mühen, die Ernährung der Familie sicherzustellen. Aber ihre Erwerbstätigkeit wurde beendet, als die Männer aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten und wieder ihre Arbeitsplätze übernahmen.

Viele Regelungen aus dem Dritten Reich wurden kritiklos beibehalten: Das fing mit der Entlassung von Beamtinnen bei Heirat an, ging über § 218 StGB weiter bis zu § 175 StGB. In der Politik waren Frauen Randerscheinungen und der neue Artikel 3 des Grundgesetzes, der insbesondere von Elisabeth Selbert mit Hilfe vieler Frauen erstritten worden war, wurde kurzerhand nicht umgesetzt. Die Familie galt weiterhin rechtlich als Reich des Vaters und als Arbeitsbereich der Frau. Zwei Legislaturperioden lang wurde zur Gleichstellung debattiert, mit Hilfe der christlichen Kirchen wurde sie lange verhindert. Frauenemanzipation, so die Überzeugung, gehe immer zu Lasten der Familie und kann daher kein Anliegen der Familienpolitik sein.

Nur dem Bundesverfassungsgericht ist es zu verdanken, dass schließlich das Entscheidungsrecht des Ehemannes über alle die eheliche Lebensgemeinschaft betreffenden Angelegenheiten fiel. Länger wurde noch der so genannte Stichtentscheid des Vaters in Erziehungsfragen beibehalten, auch er fiel erst, als 1959 das Bundesverfassungsgericht ihn für nichtig erklärte.

In dieser Ausgabe lesen Sie:

### Artikel

**Augstein:** Gleichstellungspolitik und Familienpolitik.....1  
**Siebeneicker:** Wir wollen alles.....4

**Thon:** Neuer Feminismus.....7

**Nachricht**  
 eaf beim Bundespräsidenten.....8

Seit 1953 gab es ein *Bundesfamilienministerium*; erster Minister war Wuermeling, der vor allem die Hausfrauen-Familie nach Kräften förderte. Viele seiner Gesetze wurden durch das Bundesverfassungsgericht wieder aufgehoben, so z. B. die Haushaltsbesteuerung. Alle familienpolitischen Anreize inklusive des Suggestierens von Schuldgefühlen dienten dazu, die Frauen zurück an den Herd zu drängen. Gelingendes Familienleben und Familienkultur galten als primäre Angelegenheit der Frauen, die ideale Mutter kümmerte sich ausschließlich um ihre Kinder – und natürlich um ihren Ehemann. Erwerbstätigen Müttern wurden schwerste psychische Störungen bei den so genannten Schlüsselkindern prophezeit.

In diesen Zeitgeist fiel Ende der 60er Jahre der Anfang der *neuen Frauenbewegungen*; viele unterschiedliche Strömungen, die z. T. gegensätzliche Ziele verfolgten. Damit komme ich zur Frauenpolitik, der zweiten Phase meines Rückblicks, oder besser gesagt zum:

### Frauenengagement contra Familienpolitik

Die neuen Frauenbewegungen entstanden bewusst in Ablehnung der damaligen Familienpolitik, die die Familie als private Zone deklarierte, in der der Staat nichts zu suchen, sondern der Mann das Sagen hatte. Familie wurde als „besonderes Gewaltverhältnis“ entlarvt, als „kleinste Zelle des Staates“, in der Bürgertugenden wie Anerkennung von Autoritäten und Geschlechterrollen, angeblich biologisch vorgegeben, zu Lasten der Frauen und Kinder eingeübt wurden.

Die Autonome Frauenbewegung stellte sich gegen all das und stand für einen Gegenentwurf zu den Institutionen. „Das Private ist politisch“ – unter diesem Motto wurden die Zustände in den Familien aus Frauensicht benannt und angeklagt. Das Recht auf den eigenen Körper wurde nicht nur im Zusammenhang mit der Abtreibung thematisiert, sondern auch mit der alltäglichen Gewalterfahrung von Frauen durch Männer, oft durch *ihre* Männer. *Inhaltlich* ging es, anders als bei der ersten Frauenbewegung, nicht vorrangig um Rechte, sondern um Frauenbefreiung, um tatsächliche Selbstbestimmung. Es galt, die Definitionsmacht über Familien- und Frauenfragen durch die „Expertinnen ihres Alltags“ zu erobern, statt sie weiterhin männlichen Experten zu überlassen.

Familienpolitik, so wurde erkannt, bestimmte maßgeblich die Rolle von Frauen und diene der Verfestigung ihrer Situation. Die Festlegung von Frauen auf Familie führte zu Grundmustern ihrer Benachteiligung: Frauen als das Geschlecht, das geldlich abhängig, beruflich ausgegrenzt und politisch ohne Einfluss ist. Es ging der neuen Frauenbewegung um den Kampf gegen diese gesellschaftlich definierte Frauenrolle. Dieser Kampf sollte weder an männlichen Normen orientiert sein noch männliche Verhaltensweisen nachahmen. Ziel war die Überwindung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Die Frauenbewegung hatte kein ausgeformtes, in sich

widerspruchsfreies Konzept, sie beherbergte verschiedene weltanschauliche Positionen und Strömungen, die entweder um das Ziel der *Geschlechtergleichheit* oder um das der *Geschlechterdifferenz* kreisten.

Dieser Streit wurde besonders deutlich im Diskurs zur Mutterschaft und zur Bedeutung der Hausarbeit, kurz: zur *Reproduktionsarbeit*. Hier ging es hin und her von der Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung der Familienarbeit – z. B. durch Lohn für Hausarbeit – bis zur Ablehnung dieser Arbeit mit dem Ziel ihrer Umverteilung. Da sich viele Familienfrauen mit ihrer Lebensrealität in diesem Diskurs ausgegrenzt sahen, spitzte sich dieser Streit 1987 zu in der Veröffentlichung des *Müttermanifests*, in dem sich eine Reihe von Frauen aus dem Umfeld der Grünen gegen die Infragestellung der Mutterrolle wehrten und eine ideale Aufwertung von Haus- und Erziehungsarbeit forderten zusammen mit einem neuen Emanzipationsbild.

Obwohl die Frauenbewegungen eine große Distanz zur formalisierten Politik und Institutionen hatten, wuchs das Bewusstsein über die Bedrohung der Menschen und der Erde, wenn *frau* die Lenkung der Geschicke weiterhin Männern überlässt. Die Bewegung breitete sich daher Ende der 70er Jahre aus auf Frauen in Kirche, Schule, Gewerkschaften, Parteien und Verbänden und befasste sich mit zusätzlichen, spezifischen Themen. Die Frauenbewegungen wurden dadurch zunehmend in diese Verbände integriert und brachten ihre Analysen und Forderungen dort ein.

Zur gleichen Zeit entstanden die ersten Gleichstellungsstellen in den Ländern, beim Bund und in den Kommunen, *Frauenpolitik institutionalisierte sich*. Auch der Bundestag befasste sich 1980 in einer Enquete Kommission mit dem Thema Frau und Gesellschaft. Dies führte zur dritten Phase, der Phase der allmählichen Annäherung von:

### Frauen und Familienpolitik

1986 wurde das Bundesfamilienministerium in seinem Namen um „Frauen“ erweitert. Jetzt waren Familien- und Frauenpolitik sichtbar unter einem Dach und die damalige Ministerin Süssmuth musste sich immer wieder nach diesem Spannungsverhältnis befragen lassen, so auch in Loccum: Sie kritisierte den bisherigen Ansatz von Familienpolitik, Familie als unabänderliche Institution zu sehen und damit den Familienmitgliedern Schablonen aufzudrücken, die ihnen nicht gerecht werden: Die Reduktion auf einen Lebensbereich sei wider die Entfaltung der Menschen.

Rita Süssmuth sah es geradezu als eine Aufgabe der Familienpolitik, konsequent der Gleichheit von Mann und Frau nachzugehen und Hierarchien in den zwischenmenschlichen Beziehungen abzubauen. „Das Einlassen auf Familie darf nicht die ständige Ursache und Fortschreibung von Ungleichheit sein.“ – so Süssmuth. Auch die eaf hatte in ihrem familienpolitischen Programm für die 80er Jahre den Begriff der Familie

vorsichtig ausgeweitet und die Rechte der einzelnen Familienmitglieder betont, misstrauisch beäugt übrigens von der EKD, die noch lange nicht so weit war. Innerhalb des Ministeriums kam die „Mütterpolitik“ in die Zuständigkeit der Frauenabteilung, d. h. die Aufgabenfelder Müttergenesungswerk, Mütterzentren, Mutterschutzgesetz und insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurden erstmals aus Frauensicht bearbeitet und nicht mehr von – meist katholischen – Männern.

Oberstes Leitziel blieb (bis heute) die Wahlfreiheit der Frau – ein eigentlich positiver Begriff und eine positive Leitidee, die in der Folgezeit dazu genutzt wurde, die alte Politik zugunsten der Hausfrauenehe unter dem Deckmantel des Schutzes dieser „freien Lebensentscheidung“ fortzuführen. Es gab erste gesetzliche Erfolge: das EG-Anpassungsgesetz, die Reform des § 218 StGB, Reformen des Ehe- und Familienrechts, die Verbesserung des Opferschutzes und die Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub, Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung, die Ratifizierung der VN-Frauenkonvention, um nur einige zu nennen.

In diese Zeit, in der sich Frauenpolitik gerade mehr oder weniger einrichtete, fiel die Wiedervereinigung, die unerwartete neue Impulse in die Frauenpolitik brachte und letztlich – zusammen mit internationalen Entwicklungen der Frauenpolitik, zu einem neuen Abschnitt führte:

#### Von der Frauenpolitik zur Gleichstellungspolitik

Die *Wiedervereinigung* brachte zunächst intensive und auch konfliktreiche Auseinandersetzungen zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Frauenbewegungen, in denen sie über ihre unterschiedlichen Erfahrungen in unterschiedlichen politischen Verhältnissen und ihr unterschiedliches Verständnis von Emanzipation diskutierten. Familienpolitik im westdeutschen Sinn mit ihrer Absicherung der Hausfrauenehe war den Frauen aus der DDR vollkommen fremd, als erwerbstätige Frauen und Mütter hatten sie ein anderes Selbstverständnis und waren an ökonomische und persönliche Eigenständigkeit gewöhnt. Doch trotz aller Unterschiedlichkeit kam es letztlich zu vielen gemeinsamen Aktionen.

Die Einstellungen der Frauenbewegungen Ost *und* West zur Frauen- und Familienpolitik spiegeln sich am besten in den damaligen Forderungen an eine neue *Verfassung* wider:

Die Gleichstellung der Frau wurde konkret eingefordert, z. B. gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, Beseitigung von Geschlechterhierarchie, Verhinderung von Gewalt gegen Frauen, Abbau von Geschlechterrollen-Fixierung als Aufgabe der öffentlichen Erziehung etc. Statt des besonderen Schutzes des Staates für die Ehe und die Familie im Sinne von Art. 6 GG sollten auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften geschützt, die Einrichtung und Unterhaltung von Kinderbetreuungseinrichtungen staatlich gefördert bzw. Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es

Frauen und Männern ermöglichen, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Kindererziehen sollte nicht per se Nachteile erzeugen. 1994 wurde immerhin die Gleichstellung als Staatsziel im Grundgesetz verankert, Art. 6 GG blieb bestehen.

Es kam in den Folgejahren zu einer Reihe von wichtigen Gesetzesreformen, allen voran die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe, die Verbesserung des Aufenthaltsschutzes für misshandelte Migrantinnen (die gerade wieder zurückgedreht wird!) und das Gewaltschutzgesetz. Zur Ehe kam das Lebenspartnerschaftsgesetz hinzu – alles Entwicklungen hin zu einem neuen Verständnis von Familie als Verantwortungsgemeinschaft, so wie sie im Übrigen auch von der eaf in ihren familienpolitischen Leitlinien beschrieben wird.

Auf die Frauenpolitik hatten die Diskussionen im Zuge der Wiedervereinigung und zur Verfassung die Folge, dass sie sich zur Gleichstellungspolitik weiter entwickelte, ein Prozess, der auch durch internationale Entwicklungen in der Frauenpolitik (gender mainstreaming) beeinflusst wurde.

Exemplarisch sei hier auf die Diskussion um das Konzept der Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung Anfang der 90er Jahre verwiesen, mit der zwei frauenpolitische Strategien verbunden werden sollten: Die Strategie der Autonomie aus der autonomen Frauenbewegung und die Strategie der Integration seitens der institutionellen Frauen- und Gleichstellungspolitik, die beide an ihre jeweiligen Grenzen gestoßen waren. Geschlechterdemokratie wird als visionäres gesellschaftspolitisches Ziel u. a. wie folgt beschrieben:

→ Jeder Mensch hat unabhängig von Geschlechtszuschreibungen die Chance, Beziehungen und interaktive Situationen zu gestalten, weil diese nicht durch geschlechtsspezifische Macht- und Herrschaftsmechanismen gekennzeichnet sind.

→ Die symbolische Geschlechterordnung zeichnet sich durch eine Vielzahl von Leitbildern und Lebensentwürfen aus, die als gleichwertig betrachtet werden und nicht von Ausgrenzungen, Stereotypen und Klischees über „die“ Männer und „die“ Frauen geprägt sind.

→ Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind nicht durch patriarchale Strukturen bestimmt und es gibt keine Zuweisung von Positionen, Arbeit oder Macht über das Geschlecht. Diese Leitprinzipien könnten die Gleichstellungspolitik und die Familienpolitik gleichermaßen bestimmen, so dass sich ein Spannungs- oder Konkurrenzverhältnis zwischen beiden Politikbereichen eigentlich erübrigen würde.

Doch in der nächsten Phase konnte man stattdessen den Eindruck bekommen, dass *Frauen- und Gleichstellungspolitik in der Familienpolitik auf- oder vielleicht sogar unterging*.

#### Gleichstellungspolitik ist nicht gleich Familienpolitik

In der Zeit der modernen Familienpolitik unter Renate Schmidt und Ursula von der Leyen sind im Ministerium die „Mütterthemen“ und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht mehr

Themen der Gleichstellungsabteilung, sondern wieder der Familienabteilung. Für die Frauen wurde es dadurch schwer, sich Gehör zu verschaffen. Familienpolitik war „in“, Frauen- oder Gleichstellungspolitik erschien „out“.

*Doch Gleichstellungspolitik ist nicht gleich Familienpolitik!* Schließlich hat die Frauenbewegung lange genug darum gekämpft, Frauen nicht nur über ihre Mutterrolle zu definieren, und Gleiches muss auch für Männer gelten, die ebenfalls mehr sind als nur (potenzielle) Väter. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wurde von dieser modernisierten Familienpolitik (noch) nicht überwunden; die nicht oder gering entlohnte Care-Arbeit liegt weiterhin in der Verantwortung der Frauen. Die Institutionen von Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, aber auch von Familie sind offenbar - trotz des Wandels in Bewusstsein und alltäglichem Verhalten - durch einen zähen Strukturkonservatismus von Eliten und Verbänden abgeschirmt und abgestützt. Sie sind weitgehend noch nach dem Ernährer/Hausfrauen-Modell strukturiert und reproduzieren die geschlechtliche Ungleichheit weiter fort. Unter dem Deckmantel der Wahlfreiheit wird sorgfältig darauf geachtet, dass die Hausfrauenehe erhalten bleibt - das Elterngeld muss gleich durch ein Betreuungsgeld ausgeglichen werden. Folge ist eine merkwürdige Inkonsistenz von Recht und sich widersprechende Anreizsystemen. Nicht eine eigenständige Absicherung von Frauen und Männern wird angestrebt, sondern es bleibt im Sozialrecht bei abgeleiteten Ansprüchen, die Frauen in der finanziellen und persönlichen Abhängigkeit halten.

Heidrun Siebeneicker

## »Wir wollen alles!« – Junge Frauen fordern ihre Rechte ein

Sie wollen alles – ist das nicht ein bisschen viel verlangt? Nein, sagen die drei jungen Autorinnen des Buches „Wir Alphamädchen“. Wer sind die Alphamädchen? Was wollen sie wirklich und was hat das mit uns zu tun? Um das herauszufinden kamen am 28. Oktober 2010 über 60 Frauen aus ganz Deutschland zu einem Fachtag in Kassel im GLEIS 1 zusammen. Eingeladen hatte die Studiengruppe „Neuer Feminismus“<sup>1</sup> unter der Leitung des Frauenstudien- und Bildungszentrums der EKD (fsbz).

Dr. Kirsten Beuth vom fsbz hatte die Initiative zur Gründung der Studiengruppe ergriffen. Ihr war aufgefallen, dass sich immer mehr junge Frauen in den Medien mit feministischen Publikationen zu Wort meldeten. Sie begannen in einem neuen Ton unter dem Begriff „Neuer Feminismus“ ihre Rechte als Frauen selbstbewusst einzufordern und für Gleichberechtigung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft einzutreten. Junge Frauen stellen heute fest, dass die Feministinnen der 1970er und 80er viel für die Gleichstellung der Frau erreicht haben, dass es aber auch noch viel zu tun gibt. Deshalb hatten

Frauen finden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen wieder und keinesfalls in Vorstandsetagen, frauentypische Berufe haben immer noch viel mit „Mütterlichkeit“ zu tun und werden gering geachtet und bezahlt. Doch es gibt neue Entwicklungen mit Potenzial:

Der Siebte Familienbericht untersuchte Familien erstmals geschlechtsspezifisch unter dem Ansatz der Lebensverlaufsperspektive. Der Erste Gleichstellungsbericht, der am Dienstag dieser Woche von der Gleichstellungskommission überreicht wurde, orientiert sich ebenfalls an der Lebensverlaufsperspektive und betrachtet die kumulative Wirkung von Lebensereignissen – auch die im familiären Bereich – auf spätere Lebensphasen von Frauen und Männer. Er ist sozusagen die gleichstellungspolitische Ergänzung des Familienberichts! Spannend wird sein, wie das von der Kommission angebotene gleichstellungspolitische Leitbild in der öffentlichen Diskussion ankommt. Diese Diskussion möchte ich hier nicht vorwegnehmen, sondern lieber Appetit machen auf den Ersten Gleichstellungsbericht.

*Renate Augstein, Vizepräsidentin der eaf, ist Unterabteilungsleiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.*

<sup>1</sup> Vortrag vom 28. Januar 2011; Festveranstaltung des Diakonischen Werkes der EKD zur Verabschiedung von Gretel Wildt, langjährige Leiterin des Zentrums Familie, Integration, Bildung und Armut (FIBA).

die aktiven Kämpferinnen der Frauenbewegung, mittlerweile in die Jahre gekommen, immer gefordert, dass die jüngeren Frauen den Staffelstab übernehmen sollten. Wenn dies die „Töchter“ nicht so getan haben, wie sie es sich vorstellten, so sind es jetzt die „Enkelinnen“, die sich neu dem Feminismus zuwenden. In der Presse werden sie als „Alphamädchen“ tituliert, was als Pendant zu Alphamännchen diskreditierend wirken soll. Diesen Begriff machten 2008 die Autorinnen Meredith Haaf, Susanne Klingner und Barbara Steidl, alle im Alter um die 30, halb stolz, halb ironisch aufgegriffen, zu einem Buchtitel. Darin analysieren sie die heutige Gesellschaftslage unter dem Aspekt der Situation der Frauen. Immer mehr Frauen nehmen ihr Leben in die Hand und arbeiten sich in „Alphapositionen“ im gesellschaftlichen Leben vor. Sie haben oft sehr gute Bildungsabschlüsse und sind in Führungspositionen der Politik, der Wirtschaft oder sonst in der Gesellschaft aufgestiegen. Auch wenn der Trend steigend ist, scheint es noch immer vonnöten, über eine Frauenquote nachzudenken, denn ganz so einfach öffnen sich die Türen zu gehobenen Positionen in der Gesellschaft nicht.

Die Gehälter der Frauen bei gleicher Arbeit liegen mit 23 % statistisch noch immer weit unter dem Niveau der männlichen Kollegen, auch wenn das kaum zu glauben ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist noch immer ein Hindernis. Alleinerziehende Mütter landen schnell in der Armutsfalle Hartz IV oder bei Teilzeitjobs mit Billiglöhnen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

In der Studiengruppe „Neuer Feminismus“ beschäftigen sich seit 2008 Vertreterinnen verschiedener Gremien der EKD und angrenzender Institutionen mit diesen Fragen; der Fachtag in Kassel markierte einen Zwischenstand der Arbeit. Gäste waren Manuela Schwesig, Ministerin für Gesundheit und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern sowie Margarita Tsomou, Redakteurin der jungen feministischen Frauen-Zeitschrift „Missy Magazine“; seitens der evangelischen Kirche Dr. Elke Eisenschmidt, Mathematikerin und jüngstes Ratsmitglied der EKD sowie Dr. Silke Lechner, Studienleiterin und Vertreterin des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Die vier prominenten Vertreterinnen der jüngeren Frauengeneration wurden interviewt und kamen intensiv in einer Talkrunde miteinander ins Gespräch über ihre Erfahrungen als jüngere Frauen im Berufs- und Familienleben.

Manuela Schwesig, gebürtig aus Frankfurt/Oder, beschrieb im ersten Interview ihre Irritationen gegenüber der Situation der Frauen im westlichen Deutschland: Durch die Sozialisation in der ehemaligen DDR ist es in den neuen Bundesländern viel selbstverständlicher, dass Frauen berufstätig sind. Die starken Vorbehalte gegenüber Krippen und Kleinkinderbetreuung kann sie nicht teilen, sie sieht darin eine wichtige Voraussetzung, damit Mütter erwerbstätig bleiben können.

Für Silke Lechner bedeutet Neuer Feminismus nicht der Kampf gegen einen „alten“ Feminismus, sondern der gemeinsame Einsatz für alle Frauenrechte und eine gleichwertige Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft. Aus ihrer Sicht habe der Feminismus sein Ziel erreicht, wenn die Frage, ob jemand männlich oder weiblich sei, genauso irrelevant wird wie die Frage, ob eine Person braune oder blonde Haare habe.

Auf das jüngste Ratsmitglied der EKD, Elke Eisenschmidt, passen keine weiblichen Klischees: Als Promovierte in Mathematik hat sie sich in der männerdominierten Szene der Wissenschaft etabliert. In ihrem Berufsleben stellte sie fest, dass es in den östlichen Bundesländern weniger Vorurteile gegen Frauen in den Naturwissenschaften gebe als in den westlichen und dass in den Geisteswissenschaften chauvinistische Äußerungen weiter verbreitet seien. So zitierte sie einen Professor mit der Äußerung: Der große Anteil weiblicher Studenten in der Theologie führe dazu, dass das Niveau verflache.

Bei solchen Anmerkungen schnappte das Publikum des Fachtages zunächst nach Luft. Doch manch einer Besucherin fielen schnell ähnliche Situationen ein, wo diskriminierende Umgangsformen oder Äußerungen im Alltag durchaus an der

Tagesordnung sind. Diese Formen von schwer fassbarer Diskriminierung machen das genaue Hinsehen beim Umgang der Geschlechter heutzutage weiter notwendig. Sie zeigen, dass feministische Forderungen noch nicht ausgedient haben.

Feminismus ist für Margarita Tsomou, Herausgeberin des Missy Magazine, nicht eine Ideologie, sondern eine Haltung. Das heutige Frauenbild beinhalte, dass Frauen alles tun könnten, wenn sie wollen. Ihr sei wichtig, betonte die Redakteurin, dass sie das, was sie tue, bewusst tue. Was Frauen tun, sei nicht geschlechterbestimmt, sondern solle eine eigene bewusste Wahl sein. Mit dieser Haltung durchziehe Feminismus für sie den ganzen Alltag. Es sei nicht wichtig, ob die Schuhe flach oder hochhackig seien; wichtig sei, sich der jeweiligen Wirkung als Frau bewusst zu sein und damit spielerisch umzugehen. Es gehe nicht darum, ob eine Frau lieber häkelt oder einen Computer programmiert, solange sie sich bewusst entscheidet und um die anderen Optionen weiß. So findet Margarita Tsomou die Frage, ob kochen eine eher männliche oder weibliche Tätigkeit sei, irrelevant. Wer es zuhause tue, solle es gerne machen. Als Beispiel führte sie ihre Mutter an. Sie sei eine „echt gute Köchin“ gewesen, habe sich aber stets beschwert, in der Küche sein zu müssen. Feminismus bedeute demnach, die Freiheit, sich bewusst zu entscheiden und vermeintliche Geschlechtervorgaben zu hinterfragen.

Das Missy Magazine mit Sitz in Hamburg versucht, gezielt junge Frauen über aktuelle Themen wie z. B. Popmusik zu erreichen. Der Unterschied zu anderen jungen Zeitschriften liegt darin, dass die Themen kritisch aus weiblicher Sicht beleuchtet werden. So stellt es die Frage, warum in der Musikszene noch immer die Jungs präsenter sind und wie sich die Mädels besser in der Szene durchsetzen können. Es werden in diesem Sinne die gängigen Themen und Trends behandelt. Die Zeitschrift greift auf, was Frauen beschäftigt und setzt in der Diskussion deutliche Akzente. Beispielsweise hat der Umgang mit Körperlichkeit und Sexualität eine große Veränderung erfahren, Pornografie wird von jungen Frauen ganz anders eingeschätzt als noch vor dreißig Jahren. Dies wird offen diskutiert. Auch wird die Familienfrage ganz anders beleuchtet als in den meisten Publikationen. Da geht es nicht nur um die Entscheidung zwischen den Optionen Küche oder Karriere, sondern Missy stellt ganz unterschiedliche Lebensmodelle vorurteilslos vor: unterschiedlichste Patchworkfamilien, die gleichgeschlechtliche Beziehung mit oder ohne Kinder genauso wie die klassische Groß- oder Kleinfamilie. Oder wie sieht es aus mit Internetbeziehungen? Das Ganze kommt ohne moralische Untertöne aus. Es geht Missy um die bewusste Auseinandersetzung mit dem Leben. Das gelte genauso für Frauen wie für Männer. Kein Lebensentwurf solle von der Gesellschaft abquittiert, sondern gleich wertgeschätzt werden. Das ist das Grundverständnis des Feminismus, für den das Missy Magazine eintritt und mal provokant, mal spielerisch aufgreift.

Die Entwicklung der Feminismen bis zum heute sogenannten Neuen Feminismus hat Dr. Christine Thon von der Universität Flensburg wissenschaftlich aufgearbeitet und bei dem Fachtag präsentiert. Ergänzend stellte Kerstin Wolf vom Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel Zusammenhänge in der feministischen Bewegung dar. So war für die aktuelle Debatte des Fachtags der Hinweis lohnend, dass jede Welle der Frauenbewegung ein konkretes Ziel im Auge hatte: das Wahlrecht für Frauen, die Gleichstellung im Grundgesetz oder die Abschaffung des § 218 StGB. Waren diese Themen erschöpft, ebte die jeweilige Welle der Frauenbewegung wieder ab. Die unmittelbar nachfolgenden Frauen waren weniger frauenpolitisch aktiv, bis sich eine neue Bewegung formierte und neue Forderungen stellte. Somit verstand sich jeder Feminismus zunächst als „neuer“ Feminismus. Und in jeder Zeit und jeder Gesellschaftsschicht trat nur ein gewisser Teil der Frauen kämpferisch auf, meistens eher intellektuelle Frauen aus finanziell abgesicherten Kreisen. Nach Jahren der Aktivität hielten sie den folgenden Generationen vor, die Frauenfrage nicht in ihrem Sinne weiterzuführen: „Schon die vielfach ablehnende Haltung der jetzigen Studentinnengenerationen gegenüber der älteren Frauenbewegung zeigt deutlich die veränderte Situation.“ Dieser Satz stammt nicht von Alice Schwarzer, sondern von Helene Scholz aus dem Jahr 1928.

Somit steht nach einer eher ruhigen Phase der Neuorientierung in den 1990er Jahren und Anfang 2000 das erneute Aufbäumen von Frauen in guter Tradition. Die Frauengenerationen setz(t)en sich für ähnliche Ziele ein, aber die Sprache ist oft sehr unterschiedlich. Nicht immer gelingt der Generationendialog. Im Gegensatz zu den 1970er oder 80er Jahren verstehen sich die jüngeren Frauen, die sich heute mit Büchern wie „Wir Alphamädchen“ oder „Die neue F-Klasse“<sup>2</sup> zu Wort melden, nicht als Bewegung. Sie treten individueller auf und wollen einen Diskurs. Sie nutzen neben den gängigen Medien neue Kommunikationswege im Internet wie Facebook oder Blogs auf der Website <http://maedchenmannschaft.net/>. Diese Internetplattformen oder ein Magazin wie Missy verstehen sich jedoch nicht als offizielle Organe einer fassbaren Bewegung.

Dem Studientag ging eine intensive Phase der Auseinandersetzung in der Studiengruppe mit den feministischen Äußerungen der jüngeren Frauengeneration voraus. Dabei stellten die Teilnehmerinnen der Studiengruppe fest, dass es nicht leicht war, den generationenübergreifenden Dialog zu führen. Ebenso schwierig erwies es sich bis dato, der interkulturellen Mehrschichtigkeit der Frauenfrage gerecht zu werden. Das vorliegende Studienmaterial war vorwiegend von erfolgreichen jungen, weißen Mittelständlerinnen ohne Migrationshintergrund verfasst worden. Für die erste Phase der Zusammenarbeit entschied sich die Studiengruppe, mit diesem Fokus zu beginnen. Für eine nächste Phase soll der Blick jedoch

geweitet werden für Frauen, die nicht in diese Schemata passen und mit ganz anderen Lebensentwürfen umgehen. Besonders wünschenswert wäre es für die Studiengruppe, aktuelle Praxisbeispiele von jungen Frauen und Mädchen zur Geschlechterfrage einzubeziehen.

Der Fachtag zum neuen Feminismus wurde von Vertreterinnen der evangelischen Verbände veranstaltet, weil für sie u. a. die Frage im Raum steht, wie Kirche heute auf die Äußerungen dieser jungen Frauen um die dreißig reagieren kann. Dies gilt auch für die evangelische Erwachsenenbildung. Beim Fachtag stellte Dagmar Krok vom Nordelbischen Frauenwerk als Moderatorin der Talkrunde den Interviewpartnerinnen die Frage, wie Angebote kirchlicher Arbeit für diese jungen Frauen aussehen könnten. Zwei Kommentare lieferten wichtige Anregungen: Zum einen sollte der Blick in der Frauenbildung nicht darauf abzielen, jüngeren Frauen etwas von höherer Warte über die Frauenbewegung zu vermitteln. Das Anliegen sollte vielmehr sein, auf Augenhöhe herauszufinden, was die Generationen gemeinsam auf die Beine stellen könnten und was sie gemeinsam antreibt. Die andere Anregung zielte darauf, sich stärker auf die Formen jüngerer Generationen einzulassen, wenn Kirche das Gespräch suchen will. Musik wurde als Beispiel erwähnt, das verbinden kann. Einig waren sich die Interviewpartnerinnen darin, dass es weiterhin wichtig sei für die Frauenfragen „Krach zu machen“. Außerdem sollten heutige Chancen gesehen werden, gender mainstreaming sollte aktiver genutzt werden.

„Wir wollen alles. Und das ist nicht zuviel verlangt!“, schrieben die Alphamädchen. „Alles“ meint im Kontext des Buches und des Fachtags das, was für die Männer längst selbstverständlich ist. Das klingt doch gar nicht mehr unrealistisch oder anmaßend. Die Forderung ist doch allzu berechtigt – oder etwa nicht?

*Heidrun Siebeneicker leitet im Ev. Bildungswerk Bremen den Fachbereich „Bildungsangebote für Frauen“.*

<sup>1</sup> Mitglieder der Studiengruppe „Neuer Feminismus“: Frauenstudien- und Bildungszentrum der EKD, (Dr. Kirsten Beuth), Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten der EKD (Maren Cirkel), Erwachsenenbildung der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck (Deborah Gillissen), Nordelbisches Frauenwerk (Dagmar Krok), Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e. V. (Sabine Mundolf), Predigerseminar der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck (Elvira Ohlwein-Dräger), Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (Heidrun Siebeneicker); Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelischer Familien-Bildungsstätten und Familien-Bildungswerke e. V. (Brigitte Wiesner-Ganz). Wissenschaftliche Begleitung: Dr. Christine Thon, Universität Flensburg, Institut für Allgemeine Pädagogik und Erwachsenenbildung/ Weiterbildung.

<sup>2</sup> Literatur:

Meredith Haaf, Susanne Klingner, Barbara Streidl: *Wir Alphamädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht*, Verlag Hoffmann und Campe, 2008, 978-3455500752, 19,95 Euro.

Thea Dorn: *Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird*, Piper Verlag, 2007, 978-3492250856, 9,00 Euro.

Christine Thon

## »Neuer Feminismus«

Die Idee zu der Veranstaltung „Wir wollen alles. Und das ist nicht zu viel verlangt!“<sup>1</sup> ist in der Auseinandersetzung unserer Studiengruppe mit dem sogenannten Neuen Feminismus entstanden. Aber was ist das überhaupt, Neuer Feminismus? Im Folgenden ein kleiner Einblick in dieses facettenreiche Phänomen und unsere Auseinandersetzung damit:

### „Neuer“ Feminismus

Wieso ist eigentlich von etwas Neuem die Rede? Das hat einerseits damit zu tun, dass es um einen Feminismus einer neuen Generation junger Frauen geht. Andererseits bezieht sich Neuer Feminismus in irgendeiner Form auf den „alten“ Feminismus der Frauenbewegung der 1970er und 1980er Jahre: entweder indem er sich davon abgrenzt oder indem er ihn, zumindest in Teilen aufgreift. Wichtig ist dabei, dass Feminismus jeweils sowohl eine politische als auch eine theoretische Dimension umfasst - nämlich Frauenbewegung und andere Formen von Geschlechterpolitik einerseits und feministische Wissenschaft andererseits - und, da beides nicht ineinander aufgeht, die Wechselwirkungen zwischen beidem. Daraus ergibt sich schon, dass Neuer Feminismus ein breites Spektrum von Strömungen umfasst und keineswegs auf das eng zuzuführen ist, was uns im Augenblick in den Medien unter diesem Label begegnet.

Wenn man dieses ganze Spektrum einbezieht, erscheint der Neue Feminismus gar nicht mehr so neu; die Debatten darum gehen bis in die 1990er Jahre zurück. Damals wurde der Neue Feminismus v. a. im Zusammenhang eines diagnostizierten Generationswechsels diskutiert. Ältere Feministinnen sahen das Fortbestehen der Frauenbewegung bedroht, weil junge Frauen deren Mission als erledigt betrachteten. Auf Seiten dieser postfeministischen Generation dominierte eine teils sehr verzerrte Wahrnehmung und Abgrenzung von den „lila Latzhosen“ der „alten“ Frauenbewegung. Ihr wurden verstaubte Dogmen wie Opferfeminismus und Männerfeindlichkeit vorgeworfen. Doch in einem Atemzug damit plädierten die „widerspenstigen Töchter“, so ein Buchtitel von Susanne Weingarten und Marianne Wellershoff (1999), eben bereits für einen Neuen Feminismus: Mit dem errungenen Selbstbewusstsein müssten junge Frauen die gewonnenen Chancen nun auch individuell realisieren. Viele hatten damals schon den Verdacht, dass das nicht reicht...

Etwa gleichzeitig fand in anderen feministischen Diskursen eine regelrechte Radikalisierung statt. Sie ging aus von der feministischen Theorieentwicklung zusammen mit dem verstärkten Sichtbarwerden der Queer-Bewegung. Queer, was im Amerikanischen u. a. Falschgeld bedeutet, ist ursprünglich eine abwertende Bezeichnung für Lesben und Schwule. Im Kontext von „queer theory and politics“ steht der Begriff nicht

nur für Menschen, die sich nicht in die heterosexuelle Ordnung einfügen, sondern auch für solche, die sich gar nicht erst eindeutig einem der zwei Geschlechter zuordnen können oder wollen. In einem engen Zusammenhang damit stehen Entwicklungen feministischer Theorien, die das kulturelle System der Zweigeschlechtlichkeit als solches in Frage stellen. Unserer Alltagstheorie zufolge ist „Geschlechtszugehörigkeit [...] eindeutig, naturhaft und unveränderbar“<sup>2</sup>. Doch warum sollte es angesichts der Variabilität dessen, was wir unter Männlichkeit und Weiblichkeit verstehen, überhaupt nur zwei Geschlechter geben - und nicht fünf oder 43? Warum sollte ausgerechnet Geschlechtlichkeit ein biologisches Substrat haben, wo im Leben des Kulturwesens Mensch allem nur im Rahmen sozialer Konventionen seine Bedeutung zugewiesen wird? Ist Geschlecht nicht viel mehr etwas, das wir tun, als etwas, das wir sind? Dieser Aspekt der Performativität von Geschlecht eröffnet Perspektiven für alternative Formen geschlechterpolitischer Interventionen. Herkömmliche Inszenierungen von Geschlechtsidentitäten können durch subversive ästhetische Praxen verschoben, unterwandert, veruneindet werden, deshalb kommt eben diesen ästhetischen Praxen eine große Aufmerksamkeit zu.

So verhält sich das auch in einer anderen Szene, von der in den 1990er Jahren Impulse einer Radikalisierung ausgingen. Vielleicht erinnern sich manche an die Girlie-Welle Mitte der 1990er Jahre, mit Heike Makatsch als Ikone und Luciletric mit dem Song „Weil ich ein Mädchen bin“. Die Girlie-Mode kann als eine domestizierte Variante der amerikanischen Riot-Grrrl-Bewegung verstanden werden. Diese kristallisiert sich v. a. in einer Musikszene, in der Frauenpunkbands alltäglichen Sexismus, Heteronormativität und Gewalt thematisieren und kritisieren. Hier schließt eine jüngere Frauengeneration ganz offensichtlich an die feministische Bewegung an.

### Der Neue Feminismus als Medienphänomen

Es ist sehr wichtig, sich diese Bandbreite aktueller Feminismen vor Augen zu halten, wenn heute von Neuem Feminismus die Rede ist. Im Augenblick wird als Neuer Feminismus v. a. das bezeichnet, was in Buchveröffentlichungen wie „Die neue F-Klasse“ oder „Wir Alphamädchen“ zum Tragen kommt. Ohne die sehr unterschiedlichen Veröffentlichungen, die dieses Label verpasst bekommen, in einen Topf werfen zu wollen: Der Neue Feminismus als Medienphänomen der letzten Jahre erscheint ziemlich elitär und auf privilegierte Frauen bezogen, stark an der heterosexuellen Norm orientiert und manchmal geradezu neoliberalen Werten verpflichtet zu sein. Er betreibt wenig kritische Gesellschaftsanalyse, sondern vertraut eher darauf, dass es das individuelle Selbstbewusstsein, die gute Qualifikation etc. von jungen Frauen schon richten werden. Schließlich hat er die gesellschaftliche Arbeitsteilung insgesamt wenig im Blick; wenn mehr Frauen in Führungspositionen sind, heißt das ja nicht automatisch, dass auch mehr Männer putzen und Windeln wechseln.

### Studiengruppe Neuer Feminismus und Fragestellungen

Wir sind zunächst einmal davon ausgegangen, dass die neue öffentliche Präsenz feministischer Anliegen etwas damit zu tun hat, dass junge Frauen und auch junge Männer heute wieder verstärkt eine gleichwertige Verteilung von Lebenschancen einfordern, v. a. die gerechte Teilhabe an Erwerbs- und Familienarbeit. Mit dem gestiegenen Selbstbewusstsein junger Frauen und dem Anspruch auf Beruf und Familie verbinden sich Visionen, die im Kontrast zur Realität stehen – einer Realität, in der nach wie vor die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Regel zu Lasten von Frauen geht und Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind.

Unserer Beobachtung nach artikulieren sich die Forderungen und Visionen junger Menschen von mehr Gerechtigkeit im Geschlechterverhältnis nicht in einer politischen Bewegung, obwohl zunehmend ein Bewusstsein dafür entsteht, dass die bestehenden Ungerechtigkeiten nicht individuell zu bewältigen sind. Daraus ergeben sich viele Fragen, z. B.:

- Was sind aktuell die kulturellen und politischen Formen, die junge Menschen entwickeln, um gemeinsam im Geschlechterverhältnis etwas zu verändern?
- Wie lässt sich die Forderung nach mehr Wahlmöglichkeiten aufgreifen – jenseits von F-Klasse-Elite-Feminismus und Humankapital-Steigerung durch mehr Vereinbarkeitsmöglichkeiten für qualifizierte Frauen?
- Wie können wir auf eine Umverteilung von Familien- und Erwerbsarbeit hinarbeiten, ohne dabei ständig hetero-normative Muster, etwa der bürgerlichen Kleinfamilie, zu reproduzieren?
- Wie lassen sich traditionell weiblich und männlich dominierte Berufe öffnen, ohne Männlichkeit und Weiblichkeit erst recht zu zementieren? Aktuell sollen junge Männer für erzieherische und pflegerische Ausbildungen motiviert werden, indem an sie appelliert wird, ihre spezifisch männlichen Fähigkeiten – was auch immer das sein mag – im Kindergarten einzubringen, der nebenbei als Frauenghetto abgewertet wird. Das sind alles Fragen, denen ein Neuer Feminismus sich stellen muss, aber ich behaupte, dass er, wenn er nicht traditionslos blind ist, auch einiges an Antworten parat hat.

*Prof. Dr. Christine Thon lehrt an der Universität Flensburg, Institut für Allgemeine Pädagogik und Erwachsenen-/Weiterbildung.*

<sup>1</sup> Vortrag auf der Tagung des fsbz am 28. Oktober 2011 (s. S. 4)

<sup>2</sup> Hagemann-White, Carol (1988): Wir werden nicht zweigeschlechtlich geboren. In: Dies. und Rerrich, Maria S. (Hg.): FrauenMännerBilder. Männer und Männlichkeit in der feministischen Diskussion. Bielefeld, S. 228.

### eaf beim Bundespräsidenten

Die eaf war, vertreten durch die Präsidentin Christel Riemann-Hanewinkel, am 17. Februar 2011 gemeinsam mit den vier weiteren Verbänden der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e. V. zum Gespräch beim Bundespräsidenten Christian Wulff. Als großes Thema seiner Amtszeit nannte er den Zusammenhalt der Gesellschaft, die durch die immer größer werdende Kluft zwischen Armen und Reichen sowie durch die demographische Entwicklung gekennzeichnet ist. Er



sah ein Auseinanderdriften bei der Entwicklung von Jungen und Mädchen; die Situation vieler, insbesondere junger Männer und Heranwachsender sei problematisch. Der Ausbau der Infrastruktur habe für ihn Vorrang, da diese oftmals mehr gegen Armut bewirken könne als monetäre Leistungen. Die Vertreter und Vertreterinnen der AGF beschrieben ihr Engagement gegen Armut, für Kindergesundheit und Kinderverbraucherrechte, u. a. durch Kampagnen zur Reduzierung der Mehrwertsteuer für Kinderprodukte und -dienstleistungen. Sie forderten eine intensivere öffentliche Debatte über Kinder und Familie und Verbesserungen im Bereich der Pflege. In diesem Zusammenhang wies Christel Riemann-Hanewinkel darauf hin, dass im Bezug auf die häusliche Pflege, die von den meisten Menschen gewünscht sei, dringend Lösungen für die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit durchgesetzt werden müssten, denn nahezu 70 % der Pflegbedürftigen werden unter hohem Kräfteinsatz von Angehörigen versorgt. Auch müsse die Alterssicherung der Pflegenden sowie die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements verbessert werden, um die steigende Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen angemessen zu versorgen.

SM